

WIRKUNGSÖKONOMIE

ARBEITSPAPIER

Von der Schuldenfrage zur Wirkungsfinanzipolitik

Öffentliche Finanzen, Staatsschulden und positive Netto-Wirkung aus Sicht der Wirkungsökonomie

Autorin: Natalie Weber

Status: Arbeitsfassung / Entwurf

Stand: 11. Juni 2026

Quelle: Wirkungsökonomie

Öffentliche Fassung: PDF und Web-Volltext; DOCX nicht öffentlich zum Download

Nicht Staatsschulden belasten die Zukunft. Schlechte Wirkung belastet die Zukunft.

Dieses Arbeitspapier ist eine konzeptionelle Arbeitsfassung. Es ersetzt keine rechtliche, steuerliche, finanzielle, haushaltspolitische oder wissenschaftliche Fachprüfung.

Abstract

Dieser Aufsatz entwickelt die Grundzüge einer Wirkungsfinanzpolitik. Er nimmt die Debatte um Modern Monetary Theory (MMT), Functional Finance, Staatsschulden, Schuldenbremse und öffentliche Investitionen als Ausgangspunkt, bleibt aber nicht bei der geldtheoretischen Frage stehen. Die zentrale These lautet: Die Wirkungsökonomie braucht keine naive Ausgabenlehre, sondern eine neue öffentliche Finanzarchitektur, in der staatliche Ausgaben, Steuern, Kredite, Zinsen und Vermögen nach ihrer positiven Netto-Wirkung auf Mensch, Planet und Demokratie bewertet werden.

MMT ist dafür nützlich, weil sie einen verbreiteten Haushaltsmythos aufbricht: Der Staat funktioniert nicht wie ein Privathaushalt. Besonders Staaten mit eigener Währung sind nicht in derselben Weise durch vorherige Einnahmen begrenzt, wie es einzelne Haushalte, Unternehmen oder Kommunen sind. Ihre Grenze liegt nicht zuerst im Geldbestand, sondern in realen Ressourcen, Produktionskapazitäten, Inflation, institutionellem Vertrauen und politischer Legitimität. Für Deutschland gilt diese Einsicht allerdings nur eingeschränkt, weil Deutschland Teil der Eurozone ist und den Euro nicht allein emittiert; zudem verbietet Art. 123 AEUV eine direkte monetäre Staatsfinanzierung durch EZB oder nationale Zentralbanken [E2].

Die Wirkungsökonomie übernimmt daher nicht MMT als Haupttheorie. Sie integriert vielmehr ihre nützliche Einsicht in eine breitere Theorie der Wirkungsfinanzpolitik. Functional Finance, mission-oriented policy, Beyond-GDP-Debatten, Planetary Boundaries und wirkungsökonomische Instrumente wie Wirkungshaushalt, Netto-Wirkungs-Index (NWI), IOI, T-SROI, Reverse Merit Order und Wirkungsrat bilden zusammen eine tragfähigere Grundlage. Der Kern lautet: Öffentliche Finanzen sind nicht nur Einnahmen- und Ausgabenrechnung. Sie sind eine Rückkopplungsarchitektur gesellschaftlicher Zustandsveränderung.

Dieser Aufsatz ist deshalb keine Anti-MMT-Position. Er behandelt MMT als wichtigen Anschluss und fragt, wie der dort angelegte Gedanke des Public Purpose wirkungsökonomisch präzisiert werden kann.

1. Warum die Schuldenfrage falsch gestellt ist

Die öffentliche Debatte über Staatsschulden ist häufig moralisch aufgeladen. Schulden gelten als Zeichen mangelnder Disziplin, als Last für kommende Generationen oder als Beweis politischer Verantwortungslosigkeit. Auf der anderen Seite stehen Positionen, die Staatsschulden weitgehend entdramatisieren und darauf verweisen, dass Staaten fällige Anleihen regelmäßig refinanzieren, dass staatliche Schulden zugleich private Vermögen darstellen und dass ein moderner Staat nicht mit der Haushaltskasse einer Familie verglichen werden darf.

Beide Sichtweisen enthalten einen Teil Wahrheit. Beide greifen aber zu kurz.

Die erste Sichtweise verkennt die Eigenlogik öffentlicher Finanzen. Ein Staat ist kein Privathaushalt. Er hat Besteuerungsmacht, Rechtssetzungsgewalt, institutionelle Dauerhaftigkeit und - im Fall monetär souveräner Staaten - Zugriff auf eine eigene Währungsarchitektur. Er muss seine Ausgaben nicht im selben Sinn wie eine Familie aus vorher erspartem Einkommen bestreiten. Er kann Kredite aufnehmen, Anleihen refinanzieren, Steuern anpassen, Zahlungsströme gestalten und makroökonomische Nachfrage beeinflussen.

Die zweite Sichtweise verkennt dagegen, dass staatliche Finanzierung reale Grenzen hat. Geld kann gebucht, geschaffen oder refinanziert werden. Aber reale Ressourcen lassen sich nicht beliebig erzeugen. Man kann Geld schaffen, aber keine Pflegekräfte drucken. Man kann Kredite aufnehmen, aber keine Brücken über Nacht sanieren. Man kann ein Sondervermögen beschließen, aber keine Planungskapazitäten,

Fachkräfte, Baustoffe, Genehmigungsstrukturen oder gesellschaftliche Akzeptanz aus dem Nichts herbeibuchen.

Die Wirkungsökonomie beginnt genau zwischen diesen beiden Verkürzungen. Sie sagt: Schulden sind weder per se schlecht noch per se harmlos. Sie sind ein Finanzierungsinstrument. Ihre Bewertung hängt davon ab, welche Wirkung sie ermöglichen, welche Risiken sie senken, welche Nebenwirkungen sie erzeugen und welche zukünftigen Kosten sie vermeiden oder verschärfen.

Damit verschiebt sich die Debatte. Nicht die Schuldensumme ist der eigentliche Anfangspunkt, sondern die Wirkungsbilanz.

Eine Milliarde Euro Kreditaufnahme kann hoch problematisch sein, wenn sie eine destruktive Struktur verlängert, fossile Abhängigkeiten stabilisiert, ineffiziente Bürokratie finanziert oder kurzfristige Klientelpolitik ermöglicht. Dieselbe Milliarde kann hoch legitim sein, wenn sie eine Brücke saniert, Versorgungssicherheit erhöht, Bildung verbessert, Klimaschäden vermeidet, Pflege stabilisiert oder europäische Sicherheit stärkt. Die Zahl ist identisch. Die Wirkung ist gegensätzlich.

Aus WÖk-Sicht ist deshalb die klassische Schuldenfrage eine Maßstabskrise. Sie misst, ob Geld aufgenommen wird. Sie fragt zu wenig, was durch dieses Geld wirklich geschieht.

2. Was MMT richtig sieht

Die Modern Monetary Theory ist für diese Debatte ein wichtiger Entmythologisierer. Sie erinnert daran, dass staatliche Haushalte nicht nach der Logik privater Haushaltskassen funktionieren. MMT argumentiert, dass ein Staat, der seine eigene Fiat-Währung herausgibt, Schulden in dieser Währung nicht in derselben Weise bedienen muss wie ein privater Schuldner. Seine zentrale Grenze liegt nicht in einem vorher vorhandenen Geldtopf, sondern in realen Kapazitäten und inflationären Wirkungen [E6].

Diese Einsicht ist für die Wirkungsökonomie relevant, weil sie den Blick von der bloßen Finanzierungsangst löst. Wer staatliche Ausgaben nur mit dem Satz abwehrt, dafür sei kein Geld da, macht aus Geld einen natürlichen Engpass. In modernen Geldsystemen ist Geld aber kein Naturstoff. Es ist ein institutionelles Verhältnis, eine Forderungs- und Schuldstruktur, eine öffentlich stabilisierte Recheneinheit und ein durch Vertrauen, Recht und Zahlungsfähigkeit getragenes System.

Die Bank of England beschreibt moderne Geldschöpfung nüchtern: Der größte Teil des Geldes entsteht nicht durch das Drucken von Banknoten, sondern durch Kreditvergabe von Geschäftsbanken; Banken verleihen nicht einfach vorher vorhandene Einlagen, sondern schaffen bei Kreditvergabe neue Einlagen [E1]. Diese Sicht allein ist nicht MMT, aber sie zeigt: Geld ist kein fixer Vorrat wie Getreide in einer Scheune. Es ist eine Bilanzstruktur, die durch Kredit, Vertrauen und Institutionen entsteht.

MMT macht daraus eine fiskalpolitische Zuspitzung: Wenn der Staat die Währung herausgibt, in der er sich verschuldet, dann ist seine Zahlungsfähigkeit anders zu beurteilen als die eines Haushalts, der diese Währung nur nutzen kann. Steuern dienen dann nicht nur dazu, den Staat zu finanzieren. Sie stabilisieren Nachfrage nach der Währung, entziehen Kaufkraft, beeinflussen Verteilung und schaffen realwirtschaftlichen Spielraum.

Diese Perspektive ist wertvoll, weil sie eine zentrale politische Blockade löst. Sie zeigt, dass die Frage "Wie bezahlen wir das?" oft falsch gestellt ist. Bei einem monetär souveränen Staat lautet die bessere Frage: Gibt es reale Kapazitäten? Erzeugt die Ausgabe Inflation? Gibt es genügend Arbeitskräfte, Material, Energie, Technologie und administrative Fähigkeit? Wird die zusätzliche Nachfrage produktiv oder preistreibend? Welche Verteilungswirkungen entstehen?

Genau hier berührt MMT die Wirkungsökonomie. Beide lehnen den Mythos ab, Geld sei der letzte Maßstab politischer Möglichkeit. Beide verschieben den Blick auf reale Zustände. Beide machen sichtbar, dass Unterlassen ebenfalls Kosten erzeugt.

Aber MMT bleibt für die WÖk nur ein Baustein. Denn MMT beantwortet noch nicht ausreichend, welche Ausgaben legitim, sinnvoll oder transformativ sind.

Kein Anti-MMT: Anschluss statt Abwertung

MMT ist für die Wirkungsökonomie kein Gegner, sondern ein Entmythologischer. Sie korrigiert den falschen Vergleich zwischen Staat und Privathaushalt und macht sichtbar, dass öffentliche Finanzierung anders verstanden werden muss als private Haushaltsführung.

Die WÖk setzt genau dort an: Wenn der Staat finanzpolitische Handlungsspielräume hat, müssen diese nicht nach Ausgabenwunsch, sondern nach Wirkung geprüft werden. Die entscheidende Ergänzung lautet deshalb nicht „mehr oder weniger Schulden“, sondern „welche Wirkung erzeugt öffentliche Finanzierung?“

So wird aus MMT keine Konkurrenz, sondern ein Anschluss: MMT öffnet den Raum gegen Schuldenmythen. Wirkungsfinanzpolitik gibt diesem Raum Richtung.

3. Wo MMT aus WÖk-Sicht ergänzt werden muss

MMT kann erklären, warum ein Staat mit eigener Währung nicht wie ein Privathaushalt agiert. Sie kann zeigen, dass Steuern nicht nur Einnahmequelle, sondern makroökonomisches Steuerungsinstrument sind. Sie kann die Angst vor nominellen Staatsschulden relativieren. Sie kann den Blick auf Inflation, Kapazitäten und reale Ressourcen lenken.

Was MMT für die WÖk offen lässt, ist eine differenzierte Wirkungstheorie öffentlicher Ausgaben.

Wenn der Staat mehr ausgeben kann, folgt daraus noch nicht, dass jede Ausgabe richtig ist. Wenn Schulden nicht automatisch eine Last sind, folgt daraus nicht, dass Schulden wirkungslos oder ungefährlich wären. Wenn Steuern nicht nur finanzieren, folgt daraus noch nicht, wie ein Steuersystem ökologisch, sozial, demokratisch und systemisch wirksam gestaltet werden muss.

Hier setzt die Wirkungsökonomie an. In der WÖk ist Wirkung nicht automatisch positiv. Wirkung bedeutet zunächst die tatsächliche Veränderung von Zuständen. Sie kann positiv, negativ oder neutral sein. Bewertet wird sie am Referenzrahmen der SDGs, der Agenda 2030 und SDG+. Zielgröße ist positive Netto-Wirkung für Mensch, Planet und Demokratie [1].

Das ist entscheidend: Die WÖk akzeptiert keine wirkungsblinde Ausgabenlogik. Auch wenn der Staat finanzieren kann, muss er begründen, welche Zustände er verändert, welche Nebenwirkungen entstehen, welche roten Linien gelten und wie aus der Ausgabe eine lernfähige Rückkopplung wird.

Eine naive MMT-Lesart könnte politisch so missverstanden werden: Der Staat kann zahlen, also soll er zahlen. Die WÖk sagt dagegen: Der Staat kann und soll seine Finanzmacht nutzen, aber jede Ausgabe muss nach Netto-Wirkung, Resilienz, Folgekosten, realen Ressourcen, demokratischer Legitimation und Rückkopplungsfähigkeit bewertet werden.

Der Unterschied ist fundamental.

MMT verschiebt die Grenze von Geld zu Ressourcen.

WÖk verschiebt zusätzlich den Maßstab von Finanzierbarkeit zu Wirkung.

Das bedeutet: Die WÖk ist nicht MMT plus Nachhaltigkeit. Sie ist eine eigene Steuerungsarchitektur. Sie nutzt MMT als Korrektur des Haushaltsmythos, Functional Finance als Brücke zur Ergebnisorientierung und die eigene Wirkungslogik als normative und operative Bewertungsgrundlage.

Besonders wichtig ist die Eurozonen-Einschränkung. Deutschland ist kein vollständig monetär souveräner Staat im klassischen MMT-Sinn. Es gibt keine nationale D-Mark-Zentralbank, die allein deutsche Staatsfinanzierung und Geldpolitik steuert. Der Euro wird im Eurosystem organisiert. Art. 123 AEUV verbietet Überziehungs- oder andere Kreditfazilitäten bei EZB oder nationalen Zentralbanken zugunsten öffentlicher Stellen und ebenso den direkten Erwerb von Schuldtiteln öffentlicher Stellen durch die Zentralbanken [E2].

Daraus folgt nicht, dass MMT für Deutschland irrelevant wäre. Sie bleibt analytisch hilfreich. Aber sie kann nicht eins zu eins als institutioneller Bauplan für deutsche Finanzpolitik dienen. Für die WÖk ist das sogar ein Vorteil: Sie muss nicht an eine bestimmte geldpolitische Dogmatik gebunden werden. Sie kann ihren eigenen Maßstab formulieren.

Dieser Maßstab lautet: Öffentliche Finanzen sind nach positiver Netto-Wirkung zu steuern.

4. Functional Finance als bessere Brücke

Für die Wirkungsökonomie ist Functional Finance wahrscheinlich die bessere theoretische Brücke als MMT allein. Abba Lerner entwickelte Functional Finance aus der keynesianischen Tradition heraus. Der entscheidende Gedanke lautet: Staatliche Finanzpolitik soll nicht danach beurteilt werden, ob ein Haushalt formal ausgeglichen ist, sondern danach, welche Funktion sie erfüllt. Sie soll Beschäftigung, Stabilität, Preisniveau und gesamtwirtschaftliche Nachfrage steuern [E5].

Functional Finance ist damit näher am WÖk-Denken, weil sie Finanzpolitik nicht moralisch, sondern funktional bewertet. Sie fragt nicht: Ist ein Defizit an sich schlecht? Sie fragt: Was bewirkt dieses Defizit im System?

Die Wirkungsökonomie erweitert diese Frage.

Functional Finance fragt: Funktioniert die Staatsausgabe makroökonomisch?

Wirkungsökonomie fragt: Wirkt sie systemisch richtig?

Makroökonomische Stabilisierung ist wichtig. Aber sie reicht nicht. Vollbeschäftigung allein kann auch in fossilen, ausbeuterischen oder demokratiegefährdenden Strukturen stattfinden. Wachstum allein kann ökologische Grenzen überschreiten. Nachfrage allein kann destruktive Märkte stabilisieren. Beschäftigung allein sagt noch nicht, ob die Arbeit positive Wirkung erzeugt. Die WÖk unterscheidet deshalb zwischen Wirkleistung, Blindleistung und Verlustleistung.

Wirkleistung verändert Zustände positiv: Sie stabilisiert, heilt, schützt, bildet, regeneriert, verbindet, befähigt oder macht Systeme resilienter.

Blindleistung erzeugt Aktivität ohne ausreichende positive Zustandsveränderung: Mittel fließen ab, Programme laufen, Berichte entstehen, aber der relevante Zustand verbessert sich kaum.

Verlustleistung verschlechtert Zustände: Sie erzeugt Schäden, Abhängigkeiten, Vertrauensverlust, ökologische Zerstörung, soziale Spaltung oder künftige Reparaturkosten.

Diese Unterscheidung macht Functional Finance wirkungsökonomisch anschlussfähig. Die Frage ist nicht mehr nur, ob Defizite Nachfrage stabilisieren. Die Frage ist, ob öffentliche Finanzpolitik positive Netto-Wirkung erzeugt.

Damit entsteht eine neue Formel:

MMT befreit vom falschen Haushaltsbild.

Functional Finance befreit von der falschen Defizitmoral.

Die Wirkungsökonomie befreit von der falschen Zielgröße.

5. Mission-oriented policy und Public Purpose

Ein zweiter wichtiger Theorieanschluss liegt in der missionsorientierten Ökonomie. Das UCL Institute for Innovation and Public Purpose beschreibt mission-oriented policy als Ansatz, der öffentliche Wertschöpfung ins Zentrum stellt und Regierungen nicht nur als Reparaturinstanz von Marktversagen sieht, sondern als Akteure, die Märkte mitgestalten und ko-kreieren können [E10].

Public Purpose wird in der WÖk nicht verworfen, sondern präzisiert. Der öffentliche Zweck darf nicht nur politisch behauptet werden. Er muss als positive Netto-Wirkung für Mensch, Planet und Demokratie beschrieben, geprüft und rückgekoppelt werden.

Auch das passt zur WÖk. Der Staat ist nicht nur Nachtwächter, nicht nur Umverteiler und nicht nur Krisenfeuerwehr. Er ist Rückkopplungsarchitekt. Er gestaltet die Bedingungen, unter denen Märkte, Unternehmen, Kapital, Haushalte und Bürger:innen handeln.

Der Begriff Public Purpose ist dabei zentral. MMT nutzt ihn häufig, lässt ihn aber oft offen. Was genau ist öffentlicher Zweck? Beschäftigung? Preisstabilität? Versorgung? Gerechtigkeit? Klimaschutz? Demokratie? Resilienz? Sicherheit? Transformation?

Die Wirkungsökonomie kann diese Leerstelle füllen. Sie definiert Public Purpose nicht als vage Gemeinwohlbehauptung, sondern als positive Netto-Wirkung für Mensch, Planet und Demokratie. Diese Zielgröße ist nicht privatmoralisch, sondern an öffentlich nachvollziehbare Rahmen gebunden: SDGs, Agenda 2030, SDG+ und demokratisch kontrollierte Wirkungsinstitutionen [11], [E7].

Damit wird aus Public Purpose eine prüfbare Wirkungsfrage:

- Welcher Zustand soll verändert werden?
- Wer ist betroffen?
- Welche Wirkung erster, zweiter und dritter Ordnung wird erwartet?
- Welche Risiken werden gesenkt?
- Welche Nebenwirkungen entstehen?
- Welche roten Linien dürfen nicht verletzt werden?
- Welche Daten belegen Fortschritt?
- Welche Rückkopplung entscheidet über Fortführung, Anpassung oder Beendigung?

Mission-oriented policy gibt dem Staat Richtung. Wirkungsökonomie gibt ihm Mess- und Rückkopplungsfähigkeit.

6. Planetare Grenzen und die reale Ressourcenfrage

MMT erinnert daran, dass Geld nicht die letzte Grenze ist. Die Wirkungsökonomie ergänzt: Die letzte Grenze liegt in realen Systembedingungen. Dazu gehören Arbeitskräfte, Zeit, Vertrauen, Energie, Material, Wissen, Institutionen und ökologische Tragfähigkeit.

Die Planetary-Boundaries-Forschung beschreibt planetare Grenzen als wissenschaftlich definierte Leitplanken für jene globalen Prozesse, die Stabilität und Resilienz des Erdsystems sichern. Das Stockholm Resilience Centre betont, dass diese Grenzen interdependent sind und nicht isoliert betrachtet werden können [E9].

Für öffentliche Finanzen bedeutet das: Der Staat kann nicht nur fragen, ob eine Ausgabe finanziell oder konjunkturell möglich ist. Er muss fragen, ob sie innerhalb planetarer, sozialer und demokratischer Stabilitätsbedingungen wirkt.

Eine Investition in fossile Infrastruktur kann kurzfristig Beschäftigung und Nachfrage schaffen. Makroökonomisch kann sie funktionieren. Wirkungsökonomisch kann sie trotzdem Verlustleistung sein, wenn sie Emissionen, Abhängigkeiten und künftige Klimakosten erhöht.

Eine Investition in Bildung, Pflege oder Klimaanpassung kann kurzfristig teuer wirken und keinen schnellen finanziellen Return zeigen. Wirkungsökonomisch kann sie dennoch hohe Wirkleistung sein, weil sie Folgekosten vermeidet, Resilienz stärkt und künftige Handlungsspielräume eröffnet.

Die WÖk nimmt deshalb die reale Ressourcenfrage ernster als eine rein finanzielle Debatte. Sie sagt: Geld kann Verfügbarkeit signalisieren, aber nicht reale Kapazität garantieren. Ein Wirkungshaushalt muss prüfen, ob die notwendigen Ressourcen vorhanden sind oder erst aufgebaut werden müssen. Wenn der Staat Milliarden für Sanierung bereitstellt, aber Baukapazitäten, Planungsstellen, Genehmigungsprozesse und Fachkräfte fehlen, entsteht ein Engpass. Dann ist die Frage nicht mehr nur Finanzierung, sondern Wirkungsfähigkeit.

So wird Inflation aus WÖk-Sicht nicht nur als monetäres Phänomen verstanden. Inflation kann entstehen, wenn zusätzliche Zahlungsfähigkeit auf reale Engpässe trifft. Sie kann aber auch durch Abhängigkeiten, Lieferkettenrisiken, Energiepreisschocks, Klimaschäden, Wohnungsknappheit oder Marktmacht verursacht werden. Eine wirkungsökonomische Finanzpolitik muss daher zwischen Nachfrageinflation, Angebotsengpässen, Verteilungskonflikten und systemischen Knappheiten unterscheiden.

Die Frage lautet nicht: Mehr Schulden ja oder nein?

Die Frage lautet: Trifft zusätzliche staatliche Finanzierung auf freie oder auf knappe reale Kapazitäten - und baut sie die Engpässe ab oder verschärft sie sie?

7. Von Staatsschulden zu Wirkungsverschuldung

Der Begriff Staatsschuld ist zu eng, wenn er nur finanzielle Verpflichtungen meint. Aus WÖk-Sicht gibt es mehrere Formen von Staatsverschuldung.

Finanzielle Staatsschuld ist sichtbar. Sie steht in Haushalten, Anleihebeständen, Zinsausgaben und Schuldenquoten.

Infrastrukturelle Staatsschuld entsteht, wenn Brücken, Schulen, Schienen, Krankenhäuser, Netze, Verwaltungsdigitalisierung oder öffentliche Gebäude vernachlässigt werden.

Ökologische Staatsschuld entsteht, wenn Klima, Böden, Wasser, Biodiversität und Regenerationsfähigkeit übernutzt werden.

Soziale Staatsschuld entsteht, wenn Armut, Bildungsungleichheit, Wohnungsnot, Pflegekrise, Gesundheitsbelastung oder fehlende Teilhabe nicht bearbeitet werden.

Demokratische Staatsschuld entsteht, wenn Vertrauen, Rechtsstaatlichkeit, Medienqualität, Diskursfähigkeit und institutionelle Glaubwürdigkeit erodieren.

Sicherheitspolitische Staatsschuld entsteht, wenn Verteidigungsfähigkeit, Cybersicherheit, Versorgungssicherheit, Krisenvorsorge und Resilienz vernachlässigt werden.

Bildungs- und Wissensschuld entsteht, wenn eine Gesellschaft ihre Menschen nicht auf kommende technologische, ökologische und demokratische Anforderungen vorbereitet.

Care-Schuld entsteht, wenn Pflege, Kindererziehung, Gesundheit, psychische Stabilität und soziale Beziehungen systematisch unterfinanziert oder unsichtbar gemacht werden.

Die klassische Finanzpolitik sieht vor allem die erste Kategorie. Die Wirkungsökonomie sieht alle.

Das ist der große Perspektivwechsel. Eine niedrige finanzielle Schuldenquote kann mit hoher ökologischer, sozialer, infrastruktureller oder demokratischer Verschuldung einhergehen. Ein Staat kann formal solide erscheinen und zugleich Zukunft verbrauchen. Umgekehrt kann ein Staat finanziell investieren und dadurch nicht-finanzielle Schulden abbauen.

Der Begriff Generationengerechtigkeit muss deshalb neu gefasst werden. Kommende Generationen erben nicht nur Anleihebestände. Sie erben auch Schulen, Netze, Böden, Artenvielfalt, Vertrauen, Institutionen, Sicherheitslagen, Wohnungsbestände, Dateninfrastruktur, Gesundheitszustände und Klimarisiken.

Eine Politik, die finanzielle Schulden minimiert, aber ökologische und infrastrukturelle Schulden maximiert, ist nicht generationengerecht. Sie verschiebt Lasten nur aus der sichtbaren Haushaltsrechnung in unsichtbare Wirkungsräume.

Die WÖk sagt deshalb:

Die eigentliche Staatsschuld ist nicht nur finanziell. Sie ist die Summe aller unterlassenen, falsch gesteuerten oder destruktiven Wirkungen, die kommende Menschen tragen müssen.

8. Vier Typen von Schulden aus WÖk-Sicht

Für die Wirkungsfinanzpolitik ist eine einfache Typologie hilfreich. Nicht alle Schulden sind gleich. Es gibt Wirkschulden, Blindschulden, Verlustschulden und Reparaturschulden.

Wirkschulden sind kreditfinanzierte Ausgaben, die positive Netto-Wirkung erzeugen. Sie senken künftige Risiken, erhöhen Resilienz, stärken Infrastruktur, befähigen Menschen, schützen Lebensgrundlagen oder stabilisieren Demokratie. Beispiele sind Investitionen in Bildung, Pflege, erneuerbare Energien, Netze, klimafähige Infrastruktur, soziale Wohnungsversorgung, Digitalisierung der Verwaltung, Forschung, Prävention, Cybersicherheit, demokratische Resilienz oder sicherheitspolitische Stabilisierung.

Blindschulden finanzieren Aktivität ohne ausreichende Zustandsveränderung. Programme werden beschlossen, Mittel fließen ab, aber das Problem bleibt. Typische Ursachen sind schlechte Zieldefinition,

fehlende Daten, Ressortlogik, Symbolpolitik, Doppelstrukturen, Bürokratie ohne Rückkopplung oder Förderprogramme ohne Wirkungsmessung.

Verlustschulden verschlechtern Zukunft. Sie finanzieren Strukturen, die ökologisch, sozial oder demokratisch schaden. Dazu gehören fossile Lock-ins, klimaschädliche Infrastruktur, destruktive Subventionen, kurzfristige Klientelpolitik, Überkompensation ohne Strukturwandel, Abhängigkeiten von autoritären Lieferketten oder Ausgaben, die Vertrauen und Rechtsstaatlichkeit untergraben.

Reparaturschulden entstehen, wenn frühere Prävention unterlassen wurde. Sie können notwendig und legitim sein, aber sie zeigen oft vorherige Blindleistung. Fluthilfen nach mangelnder Klimaanpassung, teure Sanierungen nach jahrzehntelangem Investitionsstau, Notprogramme in Pflege, Bildung oder Gesundheit, Krisenhilfen nach vernachlässigter Resilienz - all das kann unvermeidbar sein, aber es ist nicht gleichzusetzen mit strategischer Zukunftsinvestition.

Diese Typologie erlaubt eine präzisere Debatte. Wenn jemand sagt, Schulden seien schlecht, muss gefragt werden: Welche Schulden? Wenn jemand sagt, Schulden seien unproblematisch, muss ebenfalls gefragt werden: Welche Wirkung haben sie?

Der WÖk-Satz lautet:

Nicht die Kreditaufnahme entscheidet über Generationengerechtigkeit, sondern ob der Kredit künftige Risiken senkt oder künftige Schäden erhöht.

9. Der Wirkungshaushalt

Der Wirkungshaushalt ist das zentrale Instrument einer Wirkungsfinanzpolitik. Er ersetzt nicht den Haushalt. Er verändert seinen Maßstab.

Ein klassischer Haushalt ordnet Einnahmen und Ausgaben. Er prüft Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Mittelverwendung und Haushaltsdisziplin. Das bleibt notwendig. Ohne rechtsstaatliche Haushaltsführung gibt es keine demokratische Legitimität.

Der Wirkungshaushalt fügt eine zusätzliche Prüfebene hinzu: Welche Wirkung erzeugt der eingesetzte Euro im System?

In der WÖk ist bereits angelegt, dass öffentliche Mittel Wirkungsinstrumente sind. Sie finanzieren Schulen, Pflege, Straßen, Kultur, Gerichte, Verwaltung, Sicherheit, Forschung, Gesundheit, Wohnen, Digitalisierung, Natur, Energie, Teilhabe und Krisenvorsorge. In jedem dieser Felder verändern sie Zustände. Deshalb reicht die Frage "Wie viel gibt der Staat aus?" nicht. Entscheidend ist, was dadurch besser, stabiler, gerechter, resilienter oder zukunftsfähiger wird [12].

Der Wirkungshaushalt prüft vor der Ausgabe, während der Umsetzung und nach der Umsetzung.

Vor der Ausgabe fragt er: Welcher Zustand soll verändert werden? Welche Daten zeigen das Problem? Welche Wirkung wird erwartet? Welche Alternativen bestehen? Welche Nebenwirkungen sind möglich? Welche Folgen entstehen bei Unterlassen?

Während der Umsetzung fragt er: Erreicht die Maßnahme den richtigen Wirkungsraum? Werden Zustände verändert oder fließen nur Mittel ab? Entstehen Fehlanreize, Verdrängungseffekte oder Doppelstrukturen?

Nach der Umsetzung fragt er: Was hat sich verändert? Welche Wirkung war positiv, negativ, neutral oder unklar? Welche Annahmen waren falsch? Welche Folgekosten wurden vermieden? Welche neuen Risiken sind entstanden? Was muss im nächsten Haushalt anders entschieden werden? [12]

Das ist keine Technokratie. Demokratie entscheidet weiterhin über Prioritäten. Der Wirkungshaushalt sorgt aber dafür, dass politische Prioritäten mit Folgenwissen verbunden werden. Er ersetzt nicht den demokratischen Streit. Er macht ihn intelligenter.

Ein Wirkungshaushalt ist damit eine Lernarchitektur. Er verhindert, dass Programme fortgeführt werden, nur weil sie politisch eingeführt wurden. Er verhindert, dass Erfolg mit Mittelabfluss verwechselt wird. Er verhindert, dass Symbolpolitik gegenüber wirksamer Prävention Vorrang erhält. Und er macht sichtbar, wenn Sparen langfristig teurer wird.

9a. IOI: Wirkungseffizienz öffentlicher Investitionen

Neben dem T-SROI braucht die Wirkungsfinanzpolitik eine operative Kennzahl für die Frage, wie viel positive Netto-Wirkung ein eingesetzter Euro tatsächlich erzeugt. Diese Kennzahl ist der IOI: Impact of Investment.

Der ROI fragt, wie viel finanzieller Rückfluss aus einer Investition entsteht. Der SROI erweitert diese Perspektive um soziale und ökologische Nutzen. Der T-SROI fragt, ob eine Investition ganze Systeme transformiert. Der IOI setzt eine Ebene früher an: Er fragt, wie viel positive Netto-Wirkung pro investiertem Euro entsteht.

Formelhaft:

IOI = positive Netto-Wirkung / Investitionssumme

Oder in WÖk-Schreibweise:

IOI = NWI / I

Dabei steht NWI für den Netto-Wirkungs-Index und I für die Investitionssumme. Der IOI kann monetarisiert oder als Punktwert berechnet werden. Entscheidend ist nicht, dass jede Wirkung künstlich in Euro übersetzt wird, sondern dass sichtbar wird, welche Zustandsveränderung pro eingesetztem öffentlichen Euro entsteht.

Für den Wirkungshaushalt ist der IOI zentral. Er hilft zu unterscheiden, welche Programme pro Euro viel Wirkung erzeugen, welche Maßnahmen teuer und wirkungsschwach sind und wo Haushaltsblindleistung entsteht. Er kann außerdem zeigen, wo ein heute investierter Euro spätere Reparaturkosten vermeidet.

Der IOI ersetzt den T-SROI nicht. Er ergänzt ihn. Der IOI misst Wirkungseffizienz. Der T-SROI misst Transformationswirkung. Eine Maßnahme kann einen hohen IOI haben, weil sie pro Euro viel direkte positive Netto-Wirkung erzeugt. Eine andere Maßnahme kann einen hohen T-SROI haben, weil sie Standards, Märkte, Infrastrukturen oder Handlungspfade verändert. Gute Wirkungsfinanzpolitik braucht beide Perspektiven.

Schutzregel: Der IOI darf nicht allein über öffentliche Investitionen entscheiden. Ein hoher IOI darf keine schweren negativen Wirkungen überdecken. Nichtkompensation, Wirkungsgrenzen, Grundrechte, Daseinsvorsorge, Zeithorizont, Datenqualität und demokratische Legitimation bleiben verbindlich.

10. Steuern als Rückkopplungsarchitektur

In der klassischen Sicht dienen Steuern vor allem der Finanzierung staatlicher Aufgaben und der Umverteilung. In der WÖk sind Steuern mehr: Sie sind Rückkopplungsarchitektur.

Steuern übersetzen Wirkungsbewertung in Anreize. Sie machen schädliche Wirkung teurer und positive Wirkung günstiger. Sie sorgen dafür, dass Preise, Einkommen, Gewinne, Kapital und Konsum nicht wirkungsblind bleiben.

Auch hier gibt es eine Nähe zu MMT. MMT betont, dass Steuern nicht nur den Staat finanzieren, sondern Kaufkraft steuern, Inflation begrenzen und Nachfrage nach der Währung schaffen. Die WÖk erweitert diese Funktion. Steuern sollen nicht nur Nachfrage dämpfen oder Einnahmen generieren. Sie sollen Wirkung rückkoppeln.

Das Wirkungssteuergesetz (WStG) ist in diesem Sinn kein zusätzliches technisches Detail, sondern die fiskalische Architektur der WÖk. Es stellt Wirkung statt Kapital ins Zentrum, arbeitet mit Bonus-/Malus-Logik, Haushaltsneutralität und Wirkung als Bemessungslogik [I4].

Aus Sicht der Wirkungsfinanzpolitik bedeutet das:

- Steuern sollen destruktive Wirkung nicht neutral behandeln.
- Steuerentlastungen sollen an positive Wirkung gekoppelt werden.
- Steuermehreinnahmen aus negativer Wirkung sollen nicht zu einer dauerhaften Abhängigkeit vom Schlechten führen.
- Die Steuerlogik muss lernfähig bleiben, damit Ausweichbewegungen, Greenwashing oder soziale Härten erkannt werden.
- Grundbedarf und Kaufkraftschutz müssen integriert werden, damit Wirkungssteuerung nicht sozial regressiv wirkt.

Die Steuer wird dadurch vom bloßen Einnahmesystem zum Systemschutzzinstrument.

Das unterscheidet die WÖk auch von bloßer CO₂-Bepreisung. CO₂ ist zentral, aber nicht alles. Eine wirkungsökonomische Steuerarchitektur berücksichtigt Klima, Ressourcen, Arbeit, Gesundheit, Lieferketten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Medienqualität und soziale Stabilität. Sie arbeitet mit Nichtkompensation. Ein guter Wert in einem Feld darf schwere Schäden in einem anderen Feld nicht einfach ausgleichen.

Hier liegt der Unterschied zwischen additiver Nachhaltigkeitspolitik und Wirkungsarchitektur. Es geht nicht um eine weitere Steuer mit grünem Etikett. Es geht um eine andere Logik der öffentlichen Finanzen.

11. Schuldenbremse und Wirkungshaushalt

Die deutsche Schuldenbremse ist Ausdruck einer berechtigten Sorge: Öffentliche Haushalte sollen tragfähig bleiben, politische Gegenwart darf nicht unbegrenzt auf Kosten der Zukunft leben, und der Staat soll finanzielle Handlungsspielräume nicht verspielen. Das Bundesfinanzministerium beschreibt die Schuldenbremse als Regel, nach der Bund und Länder ihre Haushalte grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten ausgleichen sollen; für den Bund ist eine strukturelle Nettokreditaufnahme bis 0,35 Prozent des BIP vorgesehen [E3].

Aus WÖk-Sicht ist die Sorge nachvollziehbar, aber der Maßstab unvollständig.

Eine Schuldenregel, die nur finanzielle Kreditaufnahme begrenzt, kann ökologische, soziale, infrastrukturelle und demokratische Verschuldung übersehen. Sie kann einen Haushalt formal stabilisieren und zugleich Zukunftsfähigkeit schwächen. Sie kann Investitionen verhindern, die künftige Kosten senken würden. Sie kann Reparaturkosten erhöhen, weil Prävention unterbleibt.

Das bedeutet nicht, dass die WÖk für grenzenlose Verschuldung plädiert. Im Gegenteil: Die WÖk verlangt eine strengere Prüfung als die reine Schuldenbremse, aber eine andere Prüfung.

Sie fragt nicht nur: Liegt die Nettokreditaufnahme unter einer formalen Grenze?

Sie fragt: Welche Netto-Wirkung erzeugt die Kreditaufnahme? Welche nicht-finanziellen Schulden baut sie ab? Welche realen Engpässe entstehen? Welche Folgekosten werden vermieden? Welche Risiken werden gesenkt? Welche roten Linien werden verletzt? Welche Alternativen wären wirksamer?

Die Schuldenbremse ist eine Finanzbremse.

Die WÖk braucht eine Wirkungsprüfung.

Eine moderne Regel könnte deshalb nicht einfach lauten: weniger Schulden. Sie müsste lauten: keine Verlustschulden, keine Blindschulden ohne Rückkopplung, Reparaturschulden nur mit Ursachenprüfung, Wirkschulden bei hoher Netto-Wirkung und realer Umsetzungsfähigkeit ermöglichen.

Das wäre keine Aufweichung von Verantwortung. Es wäre eine Präzisierung von Verantwortung.

12. Sondervermögen als Übergangsform - und als Risiko

Das deutsche Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität zeigt, wie nah die politische Praxis bereits an einer wirkungsökonomischen Frage liegt. Das Bundesfinanzministerium beschreibt das Programm als 500-Milliarden-Euro-Investitionsoffensive über zwölf Jahre für Modernisierung und Zukunftsfähigkeit Deutschlands, mit Schwerpunkten wie Verkehrsinfrastruktur, Bildung, Forschung, Digitalisierung, Wohnungsbau, Krankenhausinfrastruktur und Transformation zur klimaneutralen Volkswirtschaft [E4]. Zugleich wurde ein Fortschritts- und Wirkungsmonitoring etabliert, um Mittelabfluss und Wirkung transparent zu machen [E4].

Das ist interessant. Der Begriff Wirkung taucht hier bereits in der staatlichen Praxis auf. Doch aus WÖk-Sicht wäre entscheidend, ob dieses Monitoring wirklich Zustandsveränderungen misst - oder nur Mittelabfluss, Projektfortschritt und Verwaltungserfüllung.

Ein Sondervermögen kann wirkungsökonomisch legitim sein, wenn es zusätzliche, nachweisbare und transformative Investitionen ermöglicht. Es kann aber auch zur Blindschuld werden, wenn Mittel nur bestehende Haushaltslöcher füllen, Etiketten verschieben oder ohnehin geplante Ausgaben anders verbuchen. Dann entsteht finanzielle Bewegung ohne zusätzliche Wirkleistung.

Das zeigt ein grundsätzliches Problem: Kreditermächtigung allein schafft keine Wirkung. Wirkung entsteht erst durch gute Projektauswahl, reale Umsetzungskapazität, Datenqualität, Priorisierung, Governance, Transparenz, soziale Abfederung und Lernschleifen.

Ein Sondervermögen braucht daher wirkungsökonomisch mindestens fünf Bedingungen:

- **Zusätzlichkeit:** Die Mittel müssen echte zusätzliche Zustandsveränderung ermöglichen.
- **Netto-Wirkung:** Projekte müssen positive Wirkung zeigen und schwere negative Wirkungen ausschließen.

- Transformationswirkung: Es reicht nicht, Symptome zu reparieren; wo möglich müssen Pfade verändert werden.
- Umsetzungsfähigkeit: Planung, Personal, Material, Genehmigung und lokale Kapazitäten müssen vorhanden sein.
- Rückkopplung: Mittel müssen angepasst, umgelenkt oder beendet werden, wenn Wirkung ausbleibt.

Ohne diese Bedingungen ist Sondervermögen nur ein finanzpolitischer Container. Mit ihnen kann es ein Instrument der Wirkungsfinanzpolitik werden.

13. Zinsen, Verteilung und Tragfähigkeit

Staatsschulden sind nicht automatisch eine Belastung wie private Schulden. Aber sie sind auch nicht ohne Verteilungswirkung.

Zinsen sind reale Zahlungsströme. Sie fließen aus öffentlichen Haushalten an Gläubiger:innen: Banken, Versicherungen, Fonds, Zentralbanken, private Anleger:innen, ausländische Investoren oder andere öffentliche Einheiten. Deshalb ist die Zinsfrage aus WÖk-Sicht nicht nur eine Tragfähigkeitsfrage, sondern auch eine Verteilungsfrage.

Wenn ein Staat Zinsen zahlt, ohne dass die zugrunde liegende Verschuldung positive Wirkung erzeugt hat, entsteht doppelte Blindleistung: Die Ausgabe hat keine ausreichende Zustandsveränderung geschaffen, und die Zinslast bindet künftige Spielräume. Wenn die Verschuldung dagegen produktive, soziale, ökologische oder demokratische Resilienz erhöht hat, können Zinsen Teil eines legitimen Transformationspfads sein.

Die WÖk fragt deshalb:

- Welche Wirkung wurde mit der Schuld ermöglicht?
- Wer erhält die Zinszahlungen?
- Welche Verteilungswirkung entsteht?
- Wird die Zinslast durch höhere Resilienz, geringere Folgekosten oder höhere produktive Fähigkeit gerechtfertigt?
- Entstehen Abhängigkeiten von Kapitalmärkten, die demokratische Gestaltungsspielräume einschränken?

Auch hier vermeidet die WÖk zwei Extreme. Sie dramatisiert Zinsen nicht automatisch. Aber sie ignoriert sie auch nicht.

Ein wirkungsökonomischer Staat müsste seine Schuldenstruktur nach Laufzeiten, Zinsrisiken, Gläubigerstruktur, Währungsrisiken und Wirkungsgegenwert prüfen. Finanzielle Tragfähigkeit und Wirkungstragfähigkeit gehören zusammen.

Die entscheidende Frage lautet nicht: Sind Zinsen schlecht?

Sie lautet: Zahlen wir Zinsen für Zukunftsfähigkeit oder für Vergangenheitsblindheit?

14. Inflation aus WÖk-Sicht

Inflation ist eine zentrale Grenze jeder staatlichen Finanzpolitik. Aber aus WÖk-Sicht ist Inflation nicht nur die Folge von zu viel Geld. Sie ist oft Ausdruck von Wirkungsengpässen.

Wenn der Staat zusätzliche Kaufkraft erzeugt, aber keine zusätzlichen realen Kapazitäten vorhanden sind, steigen Preise. Wenn viele Haushalte mehr Geld für Wohnungen haben, aber keine Wohnungen gebaut werden, steigen Mieten. Wenn der Staat mehr Investitionen in Bauprojekte beschließt, aber Bauunternehmen, Fachkräfte und Materialien knapp sind, steigen Baupreise. Wenn Energie importabhängig und fossil bleibt, können geopolitische Schocks Preise treiben. Wenn Klimaschäden Ernten beeinträchtigen, steigen Lebensmittelpreise.

Inflation ist dann nicht nur monetäre Überhitzung. Sie ist eine Rückmeldung realer Systemgrenzen.

Die WÖk fragt daher bei jeder schuldenfinanzierten Ausgabe:

- Nutzt sie freie Kapazitäten oder konkurriert sie um knappe Ressourcen?
- Baut sie künftige Engpässe ab oder erhöht sie kurzfristig Knappheit?
- Erzeugt sie Preissteigerungen im Grundbedarf?
- Gibt es Ausweichkapazitäten, Weiterbildung, Planung, Importabhängigkeiten oder technologische Alternativen?
- Wer trägt die Inflationslast?

Eine Investition in Pflege kann inflationär wirken, wenn sie nur Gehälter erhöht, aber keine Ausbildungskapazitäten, Arbeitsbedingungen und Organisationsstrukturen verbessert. Sie kann aber desinflationär wirken, wenn sie Pflegekrisen, Krankenhausüberlastung und Krankheitsfolgekosten senkt.

Eine Investition in Energieinfrastruktur kann kurzfristig Bau- und Materialpreise erhöhen. Langfristig kann sie Energiepreisrisiken senken.

Eine WÖk-Finanzpolitik muss solche Zeitprofile unterscheiden. Sie darf Inflation nicht ignorieren, aber auch nicht als pauschales Argument gegen Zukunftsinvestitionen verwenden.

Inflation ist nicht das Gegenargument zur Wirkungsfinanzpolitik. Inflation ist ein Prüfpunkt der Wirkungsfinanzpolitik.

15. Ukrainehilfe als Wirkungsfrage

Die Debatte um Ukrainehilfen zeigt, warum die WÖk-Finanzperspektive wichtig ist. In der klassischen Haushaltsdebatte erscheinen Ukrainehilfen als Kosten. Es wird gefragt, wie viele Milliarden ausgegeben werden, ob sie aus Krediten finanziert sind und ob sie den Haushalt belasten.

Die WÖk fragt anders.

Sie betrachtet Ukrainehilfe nicht nur als Transfer, sondern als sicherheitspolitische, demokratische und geopolitische Wirkung. Die Frage lautet:

Welche Risiken entstehen, wenn die Ukraine nicht unterstützt wird?

Mögliche Wirkungsräume sind:

- europäische Sicherheitsordnung,
- Abschreckung gegenüber aggressiver Expansion,
- Schutz demokratischer Selbstbestimmung,
- Vermeidung weiterer Flucht- und Destabilisierungsbewegungen,
- Schutz kritischer Infrastrukturen,
- Eindämmung hybrider Angriffe und autoritärer Einflussnahme,

- Signalwirkung für internationales Recht.

Das bedeutet nicht, dass jede Ausgabe unter dem Etikett Sicherheit automatisch legitim wäre. Eine WÖk-Prüfung müsste auch hier fragen: Welche konkrete Wirkung erzeugt die Hilfe? Ist sie strategisch kohärent? Gibt es Korruptionsrisiken? Werden Mittel wirksam eingesetzt? Welche Eskalationsrisiken bestehen? Welche humanitären, sozialen und demokratischen Folgen hat die konkrete Maßnahme?

Aber der Bezugsrahmen verschiebt sich. Die Frage ist nicht nur: Was kostet Unterstützung?

Die Frage lautet: Was kostet Nicht-Unterstützung?

Wenn Nicht-Handeln größere sicherheitspolitische, soziale, ökonomische und demokratische Folgekosten erzeugt, kann schuldenfinanzierte Unterstützung wirkungsökonomisch legitim sein. Sie ist dann nicht bloß Ausgabe, sondern Risikoreduktion.

Das ist ein Grundprinzip der Wirkungsfinanzpolitik: Unterlassen ist keine neutrale Null. Unterlassen wirkt.

16. Klimaschutz und Infrastruktur

Klimaschutz ist das klassische Beispiel einer Finanzdebatte, die falsch gestellt wird. Oft lautet die Frage: Wie teuer ist Transformation?

Die wirkungsökonomische Frage lautet: Wie teuer ist Nicht-Transformation?

Klimaschäden, Hitzewellen, Überschwemmungen, Ernteaufschläge, Versicherungsausfälle, Gesundheitskosten, Migration, Artenverlust, Wasserstress, geopolitische Abhängigkeiten und Infrastrukturschäden sind keine abstrakten Zukunftssorgen. Sie sind reale Folgekosten unterlassener Wirkung.

Aus WÖk-Sicht sind Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassung nicht nur ökologische Ausgaben. Sie sind finanzielle Risikovorsorge. Sie senken künftige Reparaturschulden, erhöhen Versicherbarkeit, stärken Versorgungssicherheit und schützen soziale Stabilität.

Dasselbe gilt für Infrastruktur. Eine nicht sanierte Brücke ist keine Ersparnis. Sie ist eine verschobene Rechnung. Eine kaputte Schule ist keine Haushaltsdisziplin. Sie ist Bildungsschuld. Ein langsames Datennetz ist keine Sparleistung. Es ist Produktivitäts- und Teilhabeschuld. Eine überlastete Verwaltung ist keine schlanke Verwaltung. Sie ist Wirkungseingpass.

Der WÖk-Begriff dafür lautet: Vermeidung staatlicher Blindleistung. Wenn der Staat spart, wo Investition nötig wäre, erzeugt er scheinbar Haushaltsentlastung, aber tatsächlich künftige Reparatur- und Systemkosten.

Der Wirkungshaushalt würde daher Investitionen nicht pauschal privilegieren, aber differenziert prüfen:

- Erhöht die Investition Resilienz?
- Senkt sie Folgekosten?
- Beseitigt sie einen Engpass?
- Wirkt sie sozial zugänglich?
- Vermeidet sie neue ökologische oder demokratische Schäden?
- Verändert sie einen Pfad oder repariert sie nur Symptome?

Hier ist T-SROI besonders relevant. Der T-SROI bewertet nicht nur, ob eine Maßnahme positive Netto-Wirkung hat, sondern ob sie Transformationspfade, Standards, Kapitalflüsse, Resilienz oder künftige

Entscheidungen verändert [I3]. Für den Staat kann T-SROI helfen, öffentliche Mittel dort zu priorisieren, wo nicht nur einzelne Outputs entstehen, sondern Systeme lernfähiger, resilienter oder zukunftsfähiger werden [I3].

17. Bildung, Pflege und Care als Staatsfinanzfrage

Staatsschulden werden oft als Last für Kinder beschrieben. Gleichzeitig wird übersehen, dass Kinder vor allem die Wirkung der heutigen Politik erben.

Ein Kind erbt nicht nur eine Schuldenquote. Es erbt ein Bildungssystem, eine Wohnsituation, ein Klima, eine Demokratie, ein Gesundheitssystem, ein Maß an sozialem Vertrauen und eine Infrastruktur. Wenn diese Zustände schlecht sind, hilft eine niedrige Schuldenquote wenig.

Bildungsausgaben sind deshalb aus WÖk-Sicht nicht Konsum im engen Sinn. Sie sind Wirkungsinvestitionen in künftige Handlungsfähigkeit. Gute Bildung stärkt Fachkräftebasis, Innovationsfähigkeit, demokratische Urteilskraft, digitale Mündigkeit, Gesundheit, Einkommen, Teilhabe und soziale Mobilität. Schlechte Bildung erzeugt Folgekosten: Fachkräftemangel, Arbeitslosigkeit, Polarisierung, geringere Produktivität, geringere Selbstwirksamkeit und höhere soziale Ausgaben.

Pflege und Care sind ebenfalls keine bloßen Kosten. Sie stabilisieren Familien, Gesundheit, Arbeitsfähigkeit, Würde, psychische Resilienz und gesellschaftlichen Zusammenhalt. In klassischen Haushalten erscheinen sie häufig als Ausgabenblöcke. In der WÖk sind sie Systemleistungen.

Das bedeutet nicht, dass jeder Euro in Bildung oder Pflege automatisch wirkt. Auch hier braucht es Wirkungsprüfung. Mehr Geld ohne bessere Strukturen kann Blindleistung sein. Aber die grundlegende Einordnung ändert sich: Bildung, Pflege und Care sind keine nachrangigen Ausgaben, die nur finanziert werden, wenn der Haushalt es erlaubt. Sie sind Grundlagen positiver Netto-Wirkung.

Eine Wirkungsfinanzpolitik würde daher Investitionen in Menschen nicht nach kurzfristigem Output bewerten. Sie würde Zeitwirkung berücksichtigen. Manche Wirkungen zeigen sich erst nach Jahren oder Jahrzehnten. Gerade deshalb sind sie haushaltspolitisch gefährdet. Der Wirkungshaushalt muss diese Zeitdimension sichtbar machen.

18. Wirkungsregeln für öffentliche Kredite

Aus dem bisherigen Gedankengang lassen sich Grundregeln für öffentliche Kreditaufnahme entwickeln. Sie wären kein fertiger Gesetzestext, aber eine konzeptionelle Grundlage.

Regel 1: Kein Kredit ohne Wirkungsziel. Jede kreditfinanzierte Ausgabe muss angeben, welcher Zustand verändert werden soll.

Regel 2: Keine Wirkschuld ohne Netto-Prüfung. Positive Einzelwirkungen reichen nicht. Negative Wirkungen, rote Linien, Verteilungsfolgen und Nebenwirkungen müssen einbezogen werden.

Regel 3: Realressourcenprüfung. Eine Finanzierung ist nur wirksam, wenn Personal, Material, Planung, Technologie, Verwaltung und Umsetzungskapazität vorhanden sind oder aufgebaut werden.

Regel 4: Inflations- und Kaufkraftschutz. Wirkungsfinanzierung darf Grundbedarf nicht unzugänglich machen. Preiswirkungen müssen sozial abgedeckt und strukturell bearbeitet werden.

Regel 5: Prävention vor Reparatur. Kredite sollen vorrangig dort eingesetzt werden, wo sie künftige Schäden verhindern statt nur vergangene Versäumnisse zu reparieren.

Regel 6: T-SROI für Transformationsprojekte. Größere Investitionen sollten nicht nur nach Output, sondern nach Transformationswirkung, Hebelwirkung, Resilienz, Zeitwirkung und Datenqualität bewertet werden [13].

Regel 7: Demokratische Rückkopplung. Parlamente entscheiden weiterhin. Aber sie entscheiden auf Basis von Wirkungsberichten, Alternativenprüfungen und transparenten Zielkonflikten.

Regel 8: Exit und Anpassung. Programme dürfen nicht ewig laufen, weil sie politisch eingeführt wurden. Wenn Wirkung ausbleibt, müssen sie angepasst oder beendet werden.

Regel 9: Sichtbare nicht-finanzielle Schulden. Der Haushalt muss ökologische, soziale, demokratische und infrastrukturelle Verschuldung zumindest qualitativ ausweisen.

Regel 10: Keine Verwechslung von Mittelabfluss und Wirkung. Ein vollständig ausgeschöpftes Budget ist kein Erfolg, wenn sich der relevante Zustand nicht verbessert.

Diese Regeln zeigen: Die WÖk ist nicht spendierfreudiger als klassische Finanzpolitik. Sie ist anspruchsvoller. Sie verlangt, dass jeder Euro seine Wirkung begründet.

19. Bewertungsmatrix: WÖk-Fragen an Staatsausgaben

Eine praktische Wirkungsfinanzpolitik braucht einfache Fragen, die jedes Ressort, jedes Parlament und jede Verwaltungseinheit nutzen kann. Die folgende Matrix ist ein erster Entwurf.

1. Problemzustand: Welcher Zustand ist unzureichend, riskant oder destruktiv?
2. Zielzustand: Welcher Zustand soll erreicht oder stabilisiert werden?
3. Wirkungspfad: Wie soll die Ausgabe diesen Zustand verändern?
4. Wirkungsebene: Geht es um direkte Wirkung, indirekte Wirkung oder systemische Pfadveränderung?
5. Netto-Wirkung: Welche positiven und negativen Wirkungen entstehen?
6. Nichtkompensation: Gibt es rote Linien, die nicht verrechnet werden dürfen?
7. Ressourcen: Sind Personal, Material, Zeit, Wissen und Verwaltungskapazität vorhanden?
8. Inflation: Entstehen Engpässe oder Preissteigerungen im Grundbedarf?
9. Verteilung: Wer profitiert? Wer trägt Kosten? Wer wird entlastet oder belastet?
10. Alternativen: Gibt es wirksamere, günstigere oder weniger schädliche Wege?
11. Unterlassen: Welche Folgekosten entstehen, wenn nicht gehandelt wird?
12. Daten: Welche Indikatoren zeigen Fortschritt oder Scheitern?
13. Rückkopplung: Wann wird angepasst, beendet oder skaliert?
14. Demokratie: Ist die Maßnahme transparent, überprüfbar und legitimiert?
15. Zeitwirkung: Wann tritt Wirkung ein, und wie lange hält sie an?

Diese Matrix ist der Unterschied zwischen Ausgabenpolitik und Wirkungsfinanzpolitik. Sie zwingt dazu, Finanzierung nicht isoliert zu betrachten. Ein Euro ist nicht nur ein Euro. Er ist ein Eingriff in Wirkungsräume.

20. WÖk, Beyond GDP und Wohlstandsmessung

Öffentliche Finanzen werden meist am BIP, an Schuldenquote, Defizitquote, Zinslast, Steueraufkommen und Wachstum gemessen. Diese Kennzahlen sind wichtig, aber unvollständig.

Die OECD weist in ihrer Beyond-GDP- und Well-being-Arbeit darauf hin, dass das BIP wirtschaftlichen Output misst, aber nicht zeigt, ob das Leben insgesamt besser wird und für wen; Well-being-Frameworks sollen ökologische, soziale, wirtschaftliche und generationelle Dimensionen stärker integrieren [E8].

Die WÖk geht in dieselbe Richtung, aber operativer. Sie will nicht nur Wohlbefinden ergänzend messen. Sie will die Messung in Preise, Steuern, Haushalte, Kapital, Beschaffung, öffentliche Programme und politische Entscheidungen zurückkoppeln.

Darin liegt der Unterschied zwischen Indikator und Architektur.

Ein Beyond-GDP-Indikator zeigt, dass ein Zustand schlecht ist. Eine Wirkungsfinanzpolitik fragt, wie öffentliche Mittel, Kredite und Steuern so gestaltet werden, dass dieser Zustand sich verändert.

Ein Wohlstandsbericht kann zeigen, dass soziale Spaltung wächst. Eine WÖk-Steuerarchitektur würde prüfen, welche Einkommen, Produkte, Kapitalflüsse oder Ausgaben diese Spaltung verstärken und wie Anreize anders gesetzt werden.

Ein Nachhaltigkeitsbericht kann zeigen, dass Emissionen hoch sind. Ein Wirkungshaushalt würde fragen, welche Investitionen den Emissionspfad tatsächlich verändern und welche bloß kompensieren.

Die WÖk ist deshalb nicht nur ein Messsystem. Sie ist ein Rückkopplungssystem.

21. Daten, CSRD und öffentliche Finanzsteuerung

Eine Wirkungsfinanzpolitik braucht Daten. Sie darf aber nicht in Datenfetischismus kippen.

Die EU-CSRD und die ESRS entwickeln Nachhaltigkeitsberichterstattung weiter und schaffen Standards für Unternehmensinformationen [E11]. Die WÖk betrachtet solche Daten nicht nur als Reportingpflicht, sondern als mögliche Steuerungsdaten. Was heute in Berichten erscheint, kann künftig in öffentliche Beschaffung, Förderpolitik, Steuerlogik, Kreditkonditionen, Versicherbarkeit und Wirkungshaushalte zurückwirken.

Aber Daten allein sind nicht Wirkung. Ein Nachhaltigkeitsbericht verändert noch keinen Zustand. Erst wenn Daten in Entscheidungen zurückfließen, entsteht Rückkopplung.

Das gilt auch für den Staat. Ein Ministerium kann Indikatoren sammeln und dennoch wirkungsblind entscheiden. Ein Haushalt kann Kennzahlen enthalten und dennoch keine Lernarchitektur besitzen. Deshalb braucht die WÖk nicht nur Datenerhebung, sondern Bewertungslogik, Nichtkompensation, institutionelle Kontrolle, demokratische Transparenz und Anpassungsfähigkeit.

Hier kommt der Wirkungsrat ins Spiel. Er soll nicht Politik ersetzen, sondern Indikatoren, Benchmarks, Evaluation und Missbrauchsschutz sichern. Gerade bei Staatsfinanzen ist das wichtig. Denn finanzpolitische Wirkungsmessung kann politisch manipuliert werden: Projekte können schön gerechnet, Nebenwirkungen ausgeblendet, Daten selektiv genutzt oder Transformationsversprechen übertrieben werden.

Die WÖk muss also eine doppelte Balance halten:

- Ohne Daten bleibt Wirkung bloße Behauptung.
- Ohne demokratische und rechtsstaatliche Kontrolle werden Daten zur technokratischen Macht.

Wirkungsfinanzpolitik braucht beides: Messbarkeit und Freiheitsschutz.

22. Abgrenzung: Keine Planwirtschaft, keine Ausgabenideologie

Ein naheliegender Einwand lautet: Wird der Staat damit nicht zu mächtig? Entscheidet dann eine Wirkungsbehörde, was gut ist? Wird aus Finanzpolitik eine Planwirtschaft?

Diese Sorge muss ernst genommen werden.

Die WÖk darf nicht zur Lebensstilpolizei werden. Sie darf nicht Menschen bewerten. Sie darf Wirkungsmessung nicht mit sozialer Kontrolle verwechseln. Sie darf Märkte nicht durch zentrale Detailplanung ersetzen. Sie darf Unsicherheit nicht so behandeln, als wäre alles exakt messbar.

Gerade deshalb ist der WÖk-Ansatz nicht planwirtschaftlich, sondern rückkopplungsorientiert. Märkte bleiben Suchprozesse. Unternehmen bleiben Innovationsräume. Eigentum bleibt erhalten. Wettbewerb bleibt erhalten. Preise bleiben erhalten. Aber die Signale ändern sich. Preise, Steuern und Kapitalflüsse sollen mehr Wirklichkeitsgehalt bekommen.

Planwirtschaft versucht, Ergebnisse zentral festzulegen.

Wirkungsökonomie setzt Leitplanken und Rückkopplungen, damit dezentrale Entscheidungen bessere Folgen erzeugen.

Auch aus finanzpolitischer Sicht ist die WÖk keine Ausgabenideologie. Sie sagt nicht: Mehr Staat ist immer besser. Sie sagt: Wirkung muss entscheiden. Manchmal kann mehr öffentliche Finanzierung richtig sein. Manchmal kann weniger, aber besser gesteuerte Finanzierung wirksamer sein. Manchmal ist Regulierung wichtiger als Geld. Manchmal ist Bürokratieabbau wirkungsvoller als ein neues Förderprogramm. Manchmal muss der Staat investieren. Manchmal muss er destruktive Anreize beenden.

Die WÖk ist daher weder austeritätspolitisch noch ausgabenromantisch. Sie ist wirkungsorientiert.

23. Die neue Disziplin: Wirkungsfinanzpolitik

Aus all dem ergibt sich ein neues Feld:

Wirkungsfinanzpolitik ist die Lehre davon, wie öffentliche Einnahmen, Ausgaben, Kredite, Zinsen, Vermögen, Steuern und Investitionen nach ihrer Netto-Wirkung auf Mensch, Planet und Demokratie gesteuert werden.

Sie verbindet:

- MMT als Kritik des Haushaltsmythos,
- Functional Finance als Ergebnisorientierung,
- mission-oriented policy als Richtung öffentlicher Gestaltung,
- Planetary Boundaries als reale ökologische Grenze,

- Beyond-GDP als Kritik enger Wohlstandsmessung,
- WÖk als operative Wirkungsarchitektur.

Ihr Ziel ist nicht der ausgeglichene Haushalt um jeden Preis. Ihr Ziel ist auch nicht maximale Verschuldung. Ihr Ziel ist ein lernfähiger Staat, der öffentliche Mittel so einsetzt, dass sie Zustände verbessern, Risiken senken und Zukunftsfähigkeit erhöhen.

Die Leitfragen lauten:

- Welche öffentlichen Mittel erzeugen Wirkleistung?
- Welche erzeugen Blindleistung?
- Welche erzeugen Verlustleistung?
- Welche Reparaturkosten entstehen durch Unterlassen?
- Welche unsichtbaren Staatsschulden werden aufgebaut?
- Welche Finanzierungsform passt zur Wirkungsdauer?
- Welche Steuerlogik koppelt Wirkung zurück?
- Welche Institutionen sichern Prüfung und Lernen?

Damit wird Finanzpolitik aus der Buchhaltung in die Systemsteuerung überführt.

24. Konsequenzen für die Schuldenbremse

Eine wirkungsökonomische Schuldenregel müsste nicht einfach die bestehende Schuldenbremse abschaffen. Sie müsste sie transformieren.

Mögliche Elemente wären:

1. Eine Investitions- und Wirksamkeitsklausel für nachweislich positive Netto-Wirkung.
2. Eine Pflicht zur Ausweisung nicht-finanzieller Staatsschulden.
3. Ein Wirkungsmonitoring für kreditfinanzierte Programme.
4. Eine Trennung von Wirkschulden, Blindschulden, Verlustschulden und Reparaturschulden.
5. Eine Rückführungspflicht für Programme ohne Wirkung.
6. Eine Realressourcen- und Inflationsprüfung.
7. Eine soziale Schutzklausel für Grundbedarf.
8. Eine Evaluationsrolle des Wirkungsrats.

Das wäre politisch anspruchsvoll. Aber es würde die Debatte ehrlicher machen.

Heute kann eine Regierung formal schuldenarm erscheinen, obwohl sie Brücken verfallen lässt, Schulen überlastet, Klimarisiken erhöht, Pflegekräfte verliert und Vertrauen beschädigt.

Umgekehrt kann eine Regierung Schulden aufnehmen und sich als zukunftsorientiert darstellen, obwohl die Mittel nicht zusätzlich wirken, schlecht umgesetzt werden oder falsche Anreize stabilisieren.

Eine Wök-Schuldenregel würde beide Illusionen angreifen. Sie würde sagen: Weder Schuldenvermeidung noch Kreditaufnahme sind an sich Tugenden. Tugendhaft ist positive Netto-Wirkung unter realistischen, demokratischen und rechtsstaatlichen Bedingungen.

25. Fazit: Von Schuldenangst zu Zukunftsdisziplin

Die Staatsfinanzdebatte des 21. Jahrhunderts braucht einen neuen Maßstab. Die alte Gegenüberstellung von Sparsamkeit und Verschuldung reicht nicht mehr. Sie ist zu grob für eine Welt multipler Krisen, ökologischer Grenzen, digitaler Umbrüche, geopolitischer Risiken und sozialer Erosion.

MMT hilft, die falsche Angst vor Staatsschulden zu entkräften. Sie zeigt, dass der Staat nicht einfach ein großer Privathaushalt ist. Functional Finance hilft, Defizite nach ihrer Funktion statt nach moralischer Haushaltsästhetik zu beurteilen. Mission-oriented policy zeigt, dass der Staat Märkte gestalten und öffentliche Wertschöpfung organisieren kann. Planetary Boundaries zeigen, dass die echten Grenzen in Lebenssystemen liegen. Beyond-GDP zeigt, dass Wachstum allein kein Wohlstandsmaß ist.

Die Wirkungsökonomie verbindet diese Einsichten und geht weiter.

Sie fragt nicht: Sind Schulden gut oder schlecht?

Sie fragt: Welche Wirkung erzeugen sie?

Sie fragt nicht: Haben wir Geld?

Sie fragt: Welche realen Ressourcen, Institutionen und Daten brauchen wir, damit Geld Zustände verbessert?

Sie fragt nicht: Was kostet Handeln?

Sie fragt: Was kostet Unterlassen?

Damit entsteht eine neue öffentliche Finanzlogik. Der Staatshaushalt wird zum Wirkungshaushalt. Steuern werden zur Rückkopplungsarchitektur. Staatsschulden werden nach Wirkungstypen unterschieden. Zinsen werden nach Gegenwert und Verteilungswirkung betrachtet. Inflation wird als Ressourcen- und Engpasssignal verstanden. Investitionen werden nach NWI und T-SROI bewertet. Demokratie entscheidet weiterhin, aber mit besserer Wirkungswahrheit.

Die Leitformel lautet:

Nicht Schulden belasten die Zukunft. Wirkungslosigkeit belastet die Zukunft.

Oder präziser:

Nicht die Kreditaufnahme entscheidet über Generationengerechtigkeit, sondern ob der Kredit künftige Risiken senkt, reale Handlungsfähigkeit erhöht und positive Netto-Wirkung für Mensch, Planet und Demokratie erzeugt.

Das ist Wirkungsfinanzpolitik.

Sie ist keine Einladung zu grenzenlosem Ausgeben. Sie ist eine Einladung zu strengerer, ehrlicherer und zukunftsfähigerer Finanzpolitik.

Sie ersetzt Schuldenangst durch Zukunftsdisziplin.

Sie ersetzt Haushaltsmoral durch Wirkungsverantwortung.

Sie ersetzt die Frage "Wie viel Geld bewegt sich?" durch die Frage, die im Zentrum der Wirkungsökonomie steht:

Was bewirkt es?

26. MMT-Einwände, Public Purpose und Abgrenzung zur WÖk

Einwand 1: „Ihr verkürzt MMT.“

Antwort: Dieser Einwand ist ernst zu nehmen. Gute MMT-Positionen sagen nicht, der Staat könne beliebig Geld ausgeben. Sie betonen reale Ressourcen, Inflation, Steuern, Beschäftigung und öffentlichen Zweck. Die Wirkungsfinanzpolitik sollte MMT deshalb nicht als Gegner, sondern als Anschluss behandeln.

Einwand 2: „Public Purpose gibt es bei MMT doch längst.“

Antwort: Ja. Genau deshalb ist Public Purpose die Brücke. Die WÖk ergänzt aber eine operative Wirkungsarchitektur: positive Netto-Wirkung, T-SROI, Nichtkompensation, Wirkungshaushalt, Wirkungstypen von Schulden und demokratische Rückkopplung.

Einwand 3: „MMT ist deskriptiv, WÖk ist normativ.“

Antwort: Das stimmt weitgehend. MMT beschreibt das Geldsystem und die Logik monetärer Souveränität. Wirkungsfinanzpolitik ist eine normative und operative Steuerungslogik. Sie fragt, wofür öffentliche Finanzmacht legitim eingesetzt werden soll.

Einwand 4: „Ihr habt ein Messproblem.“

Antwort: Jede Wirkungsmessung ist fehlbar. Die WÖk muss deshalb mit Transparenz, Datenqualität, Unsicherheitsangaben, unabhängiger Evaluation und demokratischer Kontrolle arbeiten. Der Wirkungsrat ist dafür ein zentrales Sicherungsinstrument.

Einwand 5: „Für Deutschland gilt MMT nur eingeschränkt.“

Antwort: Gerade deshalb ist Wirkungsfinanzpolitik wichtig. Deutschland ist Teil der Eurozone und nicht vollständig monetär souverän. Wenn politische und institutionelle Spielräume begrenzt sind, wird die Priorisierung nach Wirkung umso wichtiger.

Schlussfolgerung

Wirkungsfinanzpolitik ist keine Widerlegung der MMT, sondern ihre wirkungsökonomische Weiterentwicklung. MMT zeigt, dass die Finanzierungsfrage anders gestellt werden muss. Die WÖk ergänzt die entscheidende Frage: Welche Wirkung erzeugt diese Finanzierung - und welche Zukunftskosten entstehen, wenn sie unterbleibt?

Anhang: Kurzübersicht der Schuldenkategorien

Kategorie	Kernfrage	Typische Wirkung	WÖk-Bewertung
Wirkschulden	Senkt der Kredit künftige	Positive Netto-Wirkung,	Legitim, wenn NWI

	Risiken oder öffnet er Transformationspfade?	Resilienz, Prävention, Zukunftsfähigkeit	tragfähig und reale Umsetzungskapazität vorhanden ist
Blindschulden	Fließen Mittel ab, ohne Zustände relevant zu verbessern?	Aktivität ohne ausreichende Wirkleistung	Nur befristet zulässig; Anpassung oder Beendigung bei ausbleibender Wirkung
Verlustschulden	Finanziert der Kredit schädliche Strukturen oder künftige Lasten?	Negative Netto-Wirkung, Lock-ins, Folgeschäden	Nicht legitim; rote Linien und Nichtkompensation
Reparaturschulden	Muss der Staat Schäden aus früherem Unterlassen reparieren?	Notwendige Krisenbewältigung, aber Hinweis auf frühere Blindleistung	Zulässig, aber mit Ursachenprüfung und Präventionsumbau

Quellen und Bezugslinien

Interne WÖk-Bezugslinien

[I1] Natalie Weber: Führender Begriffsleitfaden der Wirkungsökonomie, Version 1.0, Stand 21. Mai 2026. Grundlage für Wirkung als tatsächliche Zustandsveränderung, positive Netto-Wirkung, SDGs, Agenda 2030 und SDG+.

[I2] Natalie Weber: Die neue Ordnung des Wohlstands. Begründung und Grundlagen der Wirkungsökonomie, Manuskriptfassung 2026, insbesondere Kapitel 39 "Wirkungshaushalt und öffentliche Mittel". Grundlage für Wirkungshaushalt, Wirkungsprüfung vor/während/nach Mittelverwendung, Priorisierung nach Netto-Wirkung und lernende Haushaltsarchitektur.

[I3] Natalie Weber: Whitepaper T-SROI - Transformational Social Return on Investment, 2025; sowie Die neue Ordnung des Wohlstands, Kapitel 34. Grundlage für Abgrenzung von ROI, SROI, NWI und T-SROI sowie T-SROI als Bewertungslogik von Transformationswirkung, Hebelwirkung, Resilienz, Zeitwirkung und Datenqualität.

[I4] Natalie Weber: Working-Paper Wirkungssteuergesetz (WStG), Stand Oktober 2025. Grundlage für Wirkung statt Kapital, Bonus-/Malus-Logik, Haushaltsneutralität, Steuern als Rückkopplungsarchitektur und Wirkung als steuerliche Bemessungslogik.

[I5] Natalie Weber: Grundlagenpapier Wirkungsökonomie WÖk, 2025. Grundlage für Wirkung als Leitgröße, T-SROI, SDG-Kompatibilität, Wirkungstransparenz, Systemintelligenz und partizipative Steuerung.

[I6] Natalie Weber / wirkungsoekonomie.de: Glossar-Eintrag IOI / Impact of Investment. Grundlage für IOI als Investitionswirkungsgrad und Kennzahl positiver Netto-Wirkung pro eingesetztem Euro.

Externe Quellen

[E1] Bank of England: "Money creation in the modern economy", Quarterly Bulletin 2014 Q1, Michael McLeay, Amar Radia and Ryland Thomas. Quelle für moderne Geldschöpfung durch Bankkredit und die Abgrenzung von Geld und realem Wohlstand.
<https://www.bankofengland.co.uk/quarterly-bulletin/2014/q1/money-creation-in-the-modern-economy>

[E2] EUR-Lex: Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Art. 123 AEUV. Quelle für das Verbot direkter monetärer Staatsfinanzierung durch EZB und nationale Zentralbanken.
https://eur-lex.europa.eu/eli/treaty/tfeu_2012/art_123/oj/eng

[E3] Bundesministerium der Finanzen: "Fiskalregeln" / Schuldenbremse im Grundgesetz. Quelle für nationale und europäische Fiskalregeln sowie 0,35-Prozent-Grenze der strukturellen Nettokreditaufnahme des Bundes. https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finzen/Stabilitaetspolitik/Fiskalregeln/Schuldenbremse/schuldenbremse.html

[E4] Bundesministerium der Finanzen: "Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität". Quelle für das 500-Mrd.-Euro-Programm, Investitionsschwerpunkte und Fortschritts- und Wirkungsmonitoring. https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finzen/SVIK/sondervermoegen-infrastruktur-klimaneutralitaet.html

[E5] Stephanie A. Kelton: "Functional Finance: What, Why, and How?", Levy Economics Institute Working Paper No. 287, 1999. Quelle für Abba Lerner's Functional Finance und die Ergebnisorientierung staatlicher Finanzpolitik. <https://www.levyinstitute.org/topics/functional-finance>

[E6] Congressional Research Service: "Deficit Financing, the Debt, and Modern Monetary Theory", CRS Report R45976, 2019. Quelle für Einordnung von MMT, Geldverständnis, Defizitfinanzierung, Inflation und Kritikpunkte. <https://www.congress.gov/crs-product/R45976>

[E7] United Nations: "Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development" sowie "The 17 Goals". Quelle für SDGs, 17 Ziele und 169 Targets als globaler Referenzrahmen. <https://sdgs.un.org/2030agenda> und <https://sdgs.un.org/goals>

[E8] OECD: "Measuring well-being and progress" und "Well-being and beyond GDP". Quelle für Beyond-GDP-Ansätze und Well-being Frameworks. <https://www.oecd.org/en/topics/measuring-well-being-and-progress.html>

[E9] Stockholm Resilience Centre: "Planetary boundaries". Quelle für planetare Grenzen, Safe Operating Space, Interdependenz der Erdsystemprozesse und ökologische Stabilitätsbedingungen. <https://www.stockholmresilience.org/research/planetary-boundaries.html>

[E10] UCL Institute for Innovation and Public Purpose: "Mission-Oriented Policy Hub". Quelle für mission-oriented policy, public value creation und den Staat als Akteur, der Märkte mitgestaltet statt nur Marktversagen zu korrigieren. <https://www.ucl.ac.uk/bartlett/public-purpose/research-institute-innovation-and-public-purpose/mission-oriented-policy-hub>

[E11] European Commission: "Corporate Sustainability Reporting Directive" / implementing and delegated acts. Quelle für CSRD/ESRS als europäische Nachhaltigkeitsberichterstattung und Datengrundlage. https://finance.ec.europa.eu/regulation-and-supervision/financial-services-legislation/implementing-and-delegated-acts/corporate-sustainability-reporting-directive_en